Editorial

Justus Haucap*

Klimaschutz vor neuen Herausforderungen

<https://doi.org/10.1515/pwp-2021-0026>

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Das deutsche Klimaschutzgesetz ist in Teilen verfassungswidrig. Auf dem Weg zur geplanten Klimaneutralität werden zu viele Lasten auf die Zeit nach 2030 verschoben, weil es heute zu wenig Anstrengungen gibt. Bis 2030 wären bereits 90 Prozent des verbleibenden Klimabudgets aufgebraucht. Die Notwendigkeit, sich deshalb nach 2030 umso mehr anzustrengen, schränke schon jetzt absehbar die Freiheitsrechte der Bevölkerung nach 2030 in unzumutbarer Weise ein. Wie Abbildung 1 in unserer Rubrik *Unsere Welt in Zahlen* zeigt, dürfte der Weg zur Klimaneutralität in der Tat anstrengend werden. Während von 1990 bis 2000 die Emissionen in zehn Jahren um 200 Mio. Tonnen gesunken sind, brauchte es für die nächsten 200 Mio. Tonnen schon fast 20 Jahre. Das Reduktionsziel für 2020 wäre wohl ohne die Corona-Pandemie gar nicht erreicht worden.

In Reaktion auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat die Bundesregierung die Ziele bis 2030 verschärft. Nach den neuen Plänen sollen die Emissionen nun bis 2030 um weitere rund 400 Mio. Tonnen (im Vergleich zum Jahr 2019) sinken. Das wäre annähernd dieselbe Reduktion, die in den vergangenen 30 Jahren erreicht wurde. Dies dürfte keineswegs leicht werden und Wirtschaft und Gesellschaft in den nächsten Jahren vor erhebliche Herausforderungen stellen. Derweil steigen die Emissionen gerade in China und auch in Indien wieder kräftig an, wie Abbildung 2 zeigt. China erzeugt inzwischen mehr Treibhausgasemissionen als alle anderen Industriestaaten zusammen. Selbst wenn Deutschland schneller klimaneutral werden sollte, wird dies global am Klimaproblem leider nichts ändern, sofern nicht auch in China, Indien und anderswo die Treibhausgasemissionen zurückgehen. Der Schlüssel dürfte in der Entwicklung klimafreundlicher und zugleich bezahlbarer Technologien nicht nur für die Stromerzeugung, sondern auch für Batterien, Industrie

und Verkehr liegen. Hier liegt die eigentliche Herausforderung für die nahe Zukunft. Unter dem Oberthema „Climate Economics“ werden wir uns auch auf der kommenden Jahrestagung unseres Vereins vom 26. bis 29. September 2021 damit befassen. Ich hoffe, dass viele von Ihnen dabei sein werden, auch wenn die Tagung – hoffentlich zum vorerst letzten Mal – rein virtuell stattfinden wird.

Als eines von vielen Klimaschutzinstrumenten wird immer wieder auch ein allgemeines Tempolimit gefordert. Wie sich ein allgemeines Tempolimit auf deutschen Autobahnen auswirken würde, erörtern Stefan Bauernschuster (Passau) und Christian Traxler (Hertie School Berlin) in der Rubrik *Aus aktuellem Anlass*. Allerdings ist die Datenlage dürrig und kausale Evidenz rar. Auf Basis der vorhandenen Daten und der internationalen Literatur nehmen die Autoren gleichwohl eine Einschätzung der Auswirkungen eines Autobahn-Tempolimits von 130 km/h auf Verkehrssicherheit, Emissionen und Zeitverluste vor. Danach spricht vieles dafür, dass der Nutzen die möglichen Kosten übersteigt.

In der Rubrik *Wissenschaft im Überblick* geben Melanie Häner und Christoph A. Schaltegger (beide Luzern) einen Überblick über den Forschungsstand zur intergenerationalen sozialen Mobilität. Ein Augenmerk legen sie auf die Methode der Verwendung von Nachnamen für langfristige Analysen über mehrere Generationen mit einem besonderen Fokus auf Forschung zur Situation in der Schweiz. Der

*Kontaktperson: Justus Haucap, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf, E-Mail: haucap@dice.hhu.de

Beitrag enthält zudem einen Exkurs zum Einfluss der Großeltern und der Mütter.

In der Schweiz blieb Karen Horn auch für *Das Gespräch*, das sie mit Monika Bütler (Zürich) führte. Es geht darin um wirtschaftspolitische Eingriffe und wissenschaftliche Politikberatung in der Corona-Pandemie, um Krisenerfahrungen, Risikoaversion und Generationengerechtigkeit. In dem lesenswerten Interview schildert Monika Bütler auch ihre Erfahrungen in der Swiss National Covid-19 Science Task Force und die Rolle von Ökonominen und Ökonomen in interdisziplinären Gremien.

Der *Beitrag aus der Forschung* hat wiederum einen klimapolitischen Bezug: Luke Haywood (MCC Berlin), Markus Janser (IAB Nürnberg) und Nicolas Koch (MCC Berlin) befassen sich mit dem Anpassungsgeld für Beschäftigte im Kohlebergbau, das einen sozialen Beschäftigungsabbau im Rahmen des Kohleausstiegs unterstützen soll. Sie zeigen in ihrer Analyse aller Erwerbsbiographien im Braunkohlebergbau, dass die Regelung erhebliche Mitnahmeeffekte verursacht. Die Unternehmen profitieren von deutlichen Einsparungen, da betriebliche Frühverrentungsprogramme nun nicht mehr nötig sind. Mithilfe von Sozialversicherungsdaten zeigen die Autoren in Szenarioanalysen, dass wegen niedrigen Renteneintrittsalters und alternder Belegschaft auch ohne das für den Staat teure Anpassungsgeld ein starker Beschäftigungsrückgang zu erwarten sei.

In der Rubrik *Aus dem Verein für Socialpolitik* publizieren wir den Statusbericht von Guido Friebel, Nicola Fuchs-

Schündeln und Alisa Weinberger (alle Frankfurt) zum Frauenanteil in der Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten. Der Bericht verdeutlicht, dass Frauen auf allen Stufen unterrepräsentiert sind. Zudem fällt ihr Anteil von der Assistenzprofessur zur „vollen“ Professur stark ab: Nur 15 Prozent der volkswirtschaftlichen Lehrstühle sind von Frauen besetzt. In Österreich und der Schweiz ist der Frauenanteil unter den Professuren ähnlich niedrig, in den meisten anderen europäischen Ländern jedoch höher. Er variiert erheblich zwischen den Forschungsfeldern und ist in den Bereichen Makroökonomie und Finanzen besonders gering.

Simon Hilber, Jan-Egbert Sturm (beide Zürich) und Heinrich W. Ursprung (Konstanz) dokumentieren in einem zweiten Beitrag die Entwicklung des Frauenanteils in der Volkswirtschaftslehre. Sie messen geschlechtsspezifische Produktivitätsunterschiede in der Forschung und vergleichen die Verlustraten in den Karrieren von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern. Beide Beiträge bieten eine sehr nützliche Grundlage für weitere Diskussionen darüber, wie der geringen Repräsentation von Frauen in unserer Profession entgegenzuwirken ist.

Wie immer wünsche ich Ihnen Spaß und den ein oder anderen Erkenntnisgewinn beim Lesen. Für Ihr Feedback bin ich jederzeit dankbar.

Justus Haucap

Twitter: @PerspektivenWP